

## **Positionspapier Österreich / Position Paper Austria**

### **Weißbuch über drittstaatliche Subventionen**

#### **White Paper on Foreign Subsidies**

##### **Executive Summary**

- ❖ We share the aim of the White Paper to eliminate distortions of competition in Europe through subsidies from third countries while acknowledging a fruitful European investment policy.
- ❖ Detecting third country subsidies will be a major challenge for successful implementation of any new instrument.
- ❖ A coherent approach should ensure that procedures can be carried out quickly and efficiently. New instruments should be aligned with existing systems (shared competences between Member States and the European Commission) to avoid costly parallel procedures and divergent decisions.
- ❖ Austria will participate very actively in this dialogue at European and national level and looks forward to the presentation of concrete proposals for the individual instruments.
- ❖ Considering the necessity of an attractive business location Austria calls for fostering alternatives in European investment policy.

##### **Wichtiges Signal für ein internationales Level-Playing-Field**

Dieses Weißbuch zur Gewährleistung fairer Wettbewerbsbedingungen bei Subventionen aus Drittstaaten stellt den Startschuss für eine wichtige Diskussion in Europa über faire Spielregeln im internationalen Wettbewerb und die Rolle von Subventionen von Drittstaaten dar. Europäische Unternehmen sind darauf angewiesen, dass sie im europäischen Binnenmarkt und auch global den gleichen Rahmenbedingungen unterliegen wie ihre Konkurrenz. Österreich begrüßt sehr, dass sich die Europäische Kommission dieses wichtige Thema nun vornimmt, da dies ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Europa ist. Die Modernisierung des EU-Wettbewerbsrechts ist auch ein zentraler Punkt

im Regierungsprogramm der Bundesregierung. Es bedarf effizienter Mittel, um den negativen Effekte des bestehenden Ungleichgewichts etwas entgegen zu setzen. Manche Unternehmen aus Drittstaaten werden zum Teil massiv staatlich gefördert, wenn sie nicht gar im Eigentum des Drittstaates stehen, und profitieren von einem geringeren regulatorischen Druck. Diese treten dann in Wettbewerb am europäischen Markt, was für die streng kontrollierten europäischen Unternehmen einen Nachteil darstellt. Während Subventionen durch EU-Mitgliedstaaten dem weltweit strengsten Regime unterliegen, gibt es bislang - abgesehen von den Ausgleichszöllen, die gegen schädigende Importe subventionierter Waren aus Drittstaaten verhängt werden können - keine derartige Kontrolle iZm Subventionen, die von Mitgliedstaaten außerhalb der EU stammen. Österreich stimmt weiters der Analyse der Europäischen Kommission grundsätzlich zu, dass neue Regelungen wünschenswert sind, um bestehende Probleme drittstaatlicher Subventionen im Bereich des öffentlichen Auftragswesens lösen zu können.

### **European Interest Test**

Die Überprüfung von Investitionen, die außereuropäisch subventioniert sind, durch einen „European Interest Test“ wird von Österreich sehr begrüßt. Die genaue Einschätzung hängt selbstverständlich von der konkreten Ausgestaltung ab und daher wird einer tiefgehenden Diskussion über die detaillierte Ausgestaltung dieses neuen Tests entgegengesehen. Bei der Kosten-Nutzen-Analyse sollte die Wettbewerbsfähigkeit von EU-Unternehmen im Zentrum stehen. Dabei sollte der Fokus auf langfristige Aspekte, wie die Auswirkungen auf Innovationen, Nachhaltigkeit, Qualität als auch den Produktionsstandort Europa und Arbeitsplätze in Europa gelegt werden. In Österreich gibt es bereits ein ähnliches Instrument in der Fusionskontrolle.

### **Beweisbarkeit von Subventionen durch Staatsunternehmen**

Der Erfolg von neuen Instrumenten hängt wesentlich von der Möglichkeit ab, allfällige Drittstaaten-Subventionen als solche zu erkennen. Diesbezüglich hat Österreich, wie auch andere Mitgliedstaaten, die Sorge, dass dies besonders schwierig sein könnte. Insbesondere bei Unternehmen im Eigentum eines Drittstaates wären die Möglichkeiten vielfältiger, unerlaubte Zuschüsse zu verschleiern. Österreich regt daher an, dass auf solche Situationen besonders geachtet wird. Die Einführung von speziellen Regeln für solche Fälle

sollte angedacht werden. Eine Möglichkeit wäre, eine Beweislastumkehr für solche Unternehmen einzuführen, da hier eine Beihilfe anzunehmen ist. Die Reichweite der Instrumente sollte aber auch reale Bedingungen widerspiegeln und ein verhältnismäßiges Ausmaß der Beweislast vorsehen - so wäre beispielsweise im Teilinstrument 3 eine Meldepflicht für alle „Subunternehmer-Ebenen“ bereits im Angebot praktisch nicht möglich (im Baubereich werden z.B. Subsubunternehmer oft erst in der Phase der Auftragsausführung konkretisiert).

### **Abhilfemaßnahmen**

Um die gewünschten Effekte zu haben, müssen sämtliche Maßnahmen auch abschreckende Sanktionsmechanismen vorsehen. Die zuständigen Behörden sollten dabei von Fall zu Fall auf unterschiedliche Abhilfemaßnahmen zurückgreifen können. Die Auferlegung von Rückzahlungsverpflichtungen wird vonseiten Österreichs jedoch in vielen Fällen nicht als zielführend gesehen. Insbesondere im Fall von Unternehmen im Eigentum von Drittstaaten würde dies zur Folge haben, dass das Geld einfach von einer Tasche in die andere zurückfließt. In jedem Fall bestehen große Zweifel über die abschreckende Wirkung. Die Bandbreite der Sanktionen soll daher effektive Maßnahmen umfassen, um Marktverzerrung zu eliminieren.

### **Kohärenter Vorgehensweise sowie einfache und effiziente Durchsetzung**

Europäische Unternehmen haben wie erwähnt ohnehin mit großen Wettbewerbsnachteilen zu kämpfen. Die schwere Wirtschaftskrise als Folge der COVID-19 Pandemie hat die Situation noch wesentlich verschärft und neue Maßnahmen noch dringender gemacht. Deshalb ist es besonders wichtig, dass wir einen holistischen Ansatz verfolgen - wir müssen dabei sämtlich Politikfelder im Blick haben, damit das neue Regelwerk effektiv ist und nicht zu unerwünschten negativen Effekten führt. Die Europäische Kommission verweist in diesem Kontext selbst auf andere Rechtsgebiete und die Notwendigkeit von Kohärenz. Das betrifft nicht nur im Zusammenspiel mit den Vorgaben der WTO, von Freihandelsabkommen und anderer handelsrechtlicher Regelungen, sondern vor allem das Fusionskontrollrecht und das Recht iZm öffentlichem Auftragswesen. Vorschläge für das neue Regelwerk

sollten in diese Politikbereiche eingebettet werden. Dafür braucht es eine klar definierte Abgrenzung zu den Zielen und Begriffen in anderen Regelungsbereichen wie Antidumping- oder FDI-Kontrolle. Verfahren sollten aber jedenfalls rasch und möglichst effizient erledigt werden können. Österreich unterstützt die grundsätzliche Forderung der Europäischen Kommission nach einfachen Verfahren. Auch in einem überarbeiteten Rahmen muss eine sinnvolle Balance zwischen Mitgliedstaaten und Europäischer Kommission gefunden werden. Die Einführung von ausschließlichen Kompetenzen der Europäischen Kommission wird daher entschieden abgelehnt. Angesichts bestehender anderer Instrumente würde dies zu zusätzlichen Verfahren führen. Die Konstruktion wäre somit noch komplizierter und mit hohen Kosten für Unternehmen verbunden. Das Verfahren wäre auf die anderen Kontrollverfahren im Bereich Investitions- und Fusionskontrolle abzustimmen und dürfte nicht zu einer weiteren zeitlichen Verzögerung gegenüber diesen Verfahren führen. Bei Vergabeverfahren ist besonders auf bestehende Systeme zu achten, da es ein wesentlicher Aspekt aller Vergabeverfahren ist, diese im Sinne der Rechtssicherheit besonders rasch durchzuführen, um sowohl die staatliche Aufgabenerfüllung sicherzustellen als auch die Transaktionskosten für alle Beteiligten niedrig zu halten. Vor diesem Hintergrund und angesichts des Umstandes, dass die Konsequenzen einer Vertragsauflösung letztlich hauptsächlich den Unions-Auftraggeber treffen würden, wird die Einführung einer neuen Verpflichtung zur Kündigung der Verträge im Teilinstrument 3 kritisch gesehen.

### **Investitionsstrategie**

Ergänzend zu diesen Instrumenten sollten im Rahmen einer gesamtheitlichen Strategie zusätzliche Anreize für Investitionen in Europa geschaffen werden. Unser Ziel sollte es sein, die in Europa bestehenden Kapitalreserven zu mobilisieren, indem die Attraktivität von Investitionen in europäische Unternehmen systematisch erhöht wird.

Österreich wird sich an diesem Dialog auf europäischer und nationaler Ebene sehr aktiv beteiligen und sieht der Vorlage der Vorschläge zu den einzelnen Instrumenten erwartungsvoll entgegen.